

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XVII
A. Notwendigerweise zu lesendes Vorwort	1
B. Grundlagen des Elternunterhalts	5
C. Das Angehörigen-Entlastungsgesetz	11
I. Vorrang des Sozialrechts	12
II. Sozialhilfeantrag	13
1. Wahrheitspflicht	13
2. Sozialhilfeantrag durch Angehörige	14
3. Sozialhilfeantrag durch Sozialstationen und Pflegeheime	14
III. Die Berechnung der Jahreseinkommensgrenze	15
IV. Die Unterschreitensvermutung	17
1. „Hinreichende Anhaltspunkte“ für die Annahme der Einkommensgrenzen-Überschreitung: Folgen	18
2. Die Folge des Überschreitens der Jahreseinkommensgrenze	20
V. Der Kreis der nach § 117 SGB XII Auskunftspflichtigen	20
1. Wann ist Auskunft zu erteilen?	22
2. Der zivilrechtliche Auskunftsanspruch nach § 1605 BGB	22
3. Auskunftspflicht des Gutverdieners über Einkommen	23
4. Auskunftspflicht des Gutverdieners über Vermögen ..	24
5. Auskunftspflicht der Ehegatten/Lebenspartner	25
6. Auskunftspflicht der Geschwister des Gutverdieners ..	26
VI. Geltendmachung ‚laufenden Unterhalts‘	27
1. Das Ende des ‚laufenden Unterhalts‘	28
2. Vermeidung der Verwirkungsfälle	28
VII. Die Höhe der Unterhaltsverpflichtung nach dem Angehörigen-Entlastungsgesetz	30
1. Der ‚kleine‘ und der ‚große‘ Selbstbehalt	30

2. Vereinfachte Unterhaltsberechnung bei ‚großem‘ Selbstbehalt	33
3. Die Bedeutung des Vermögens für die Leistungsfähigkeit	33
VIII. Die Erschwerung von Schenkungsrevokationen	34
D. Elternunterhalt in der Praxis	37
I. Bedarf des Unterhaltsberechtigten	37
1. Notwendigkeit der Unterbringung	40
2. Pflegegrade und Pflegebedürftigkeit	41
3. Gutachten zur Eingruppierung	41
4. Angemessenheit der Unterbringung	42
5. Investitionskosten	46
6. Bedarfsdeckung durch Naturalleistungen	46
7. Barbedarf gem. § 27b Abs. 2 S. 1 SGB XII (Taschengeld des Bedürftigen)	49
8. Ausbildungskosten / Ausbildungsumlage als Bedarf ..	50
9. Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte der bedürftigen Person	51
a) Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Einkommen der Eltern	51
b) Pflegeversprechen und Pflegeverpflichtung	57
c) Nutzungs-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Vermögen der Eltern	58
II. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	63
1. Vorrangigkeit des Eigenmitteleinsatzes	63
2. Grundsicherung	65
3. Pflegewohngeld	66
4. Pflegegeld	67
5. Einkommensverbesserung durch Abänderung des Versorgungsausgleichs Geschiedener	69
6. Vorrangigkeit der Vermögensverwertung des Unterhaltsberechtigten	70
a) Grundsatz: Vorrangigkeit der Vermögensverwertung	70
(1) Verwertung der selbst bewohnten Immobilie des Bedürftigen	72
(2) Schenkungsrückforderungen	74
(a) Mangelnde Herausgabepflicht bei Ausstattung	77
(b) Mangelnde Herausgabepflicht bei Pflicht- und Anstandsschenkungen, § 534 BGB ..	77
(c) Mangelnde Herausgabepflicht bei Schenkung einer Sachgesamtheit (Immobilie)	78

	(d) Aufgabe des Wohnrechts als Schenkung ..	79
	(e) Rückforderung des Geschenks	80
	(3) Sterbegeld, Rücklagen für Beerdigungskosten ..	81
	(4) Unzumutbarer Vermögenseinsatz	83
	b) Beschränkungen der Vermögensverwertungspflicht	84
	7. Vorrangigkeit des unterhaltspflichtigen Gatten des	
	Unterhaltsberechtigten	85
III.	Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes	87
	1. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung	88
	a) Überstunden	88
	b) Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Boni und Tantieme,	
	Gratifikationen, Treueprämien, Provisionen,	
	Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen,	
	Familienzuschläge	90
	c) Teilzeitarbeit	91
	d) Altersteilzeit	92
	e) Spesen und Auslösungen	93
	f) Sachbezüge, Firmenwagen	94
	g) Sonstige Sachbezüge	98
	2. Einkommen aus selbständiger und gewerblicher	
	Tätigkeit	99
	3. Sonstiges Einkommen	102
	4. Mieteinkünfte	103
	5. Wohnvorteil	106
	a) Rechtsgrundlage des Wohnvorteils	106
	b) Höhe des Wohnvorteils	107
	(1) Angemessenheit des Wohnvorteils	107
	(2) Erhöhung des Wohnvorteils durch im Haus	
	lebende unterhaltsbedürftige Kinder	110
	(3) Verminderung der Wohnvorteils	110
	(4) Billigkeitskontrolle und Obergrenze des	
	Wohnvorteils	111
	c) Einkommenszurechnung des Wohnvorteils	112
	6. Kapitaleinkünfte	113
	7. Schenkungen / Zuwendungen	115
	8. Steuererstattungen	115
	9. Kindergeld	121
	10. Sonstige Sozialleistungen	122
	11. Pflegegeld als Einkommen der Pflegeperson	122
	12. Taschengeldeinkünfte	122
	13. Forderungen, Darlehensforderungen	122
	14. Einkommen aus überobligatorischer Tätigkeit	
	(BGH v. 13.4.2005 – XII ZR 273/02)	123

IV. Abzüge vom anrechenbaren Einkommen	126
1. Altersversorgung	126
a) Fiktive Zurechnung von Altersvorsorgeaufwendungen?	127
b) Gesetzliche Altersversorgung	127
c) Private Altersvorsorge	128
d) Altersvorsorge jenseits der Beitragsbemessungsgrenze	129
e) Altersversorgung für Nichterwerbseinkünfte	129
f) Altersvorsorge des Schwiegerkindes	129
g) Was ist ‚angemessenes‘ Alterseinkommen?	130
h) Von der Beitragsangemessenheit zur Ergebnisangemessenheit	131
(1) Sozialhilfeniveau als unterste Auffangebene . . .	131
(2) Angemessenheitsmaßstab des § 851c ZPO . . .	132
(3) Leitlinienselbstbehalt als Angemessenheits- grenze	133
(4) Störfaktoren für ein angemessenes Alterseinkommen	135
(5) Definition der Höhe einer ‚angemessenen‘ Altersversorgung	136
(6) Private Altersvorsorge zur Abdeckung einer Versorgungslücke im Alter	137
(7) Höhe des Altersvorsorgekapitals in der gRV . .	138
(8) Höhe der Altersversorgungsrücklagen nach finanzmathematischen Grundsätzen	138
i) Pauschalierte Berechnung der Altersvorsorgerückstellungen nach BGH	139
j) Altersvorsorge für den Gatten	141
k) Individuelle Berechnung des Altersvorsorgeschonvermögens ohne Obergrenze . .	142
l) Beginn des Aufbaus einer Altersvorsorgerück- stellung	142
(1) Auflösung von Altersvorsorgerückstellungen . .	143
(2) Ende von Altersvorsorgerückstellungen	143
m) Altersvorsorge des Schwiegerkindes	144
n) Anlagefreiheit der Altersvorsorgerückstellungen . .	145
o) Kritik an der Verwaltungs- und Rechtspraxis zur Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgeschonvermögens	146
p) Zusammenfassung Altersvorsorge	147
2. Krankenversicherung / Pflegeversicherung	149
a) Krankenversicherungskosten in der gesetzlichen Krankenversicherung	149

b)	Krankenversicherungskosten in der privaten Versicherung	149
c)	Pflegezusatzversicherung	151
d)	Zuzahlungen, Praxisgebühr, Eigenanteile	152
3.	Steuern und Steuerrücklagen, Steuerklassenwahl	153
4.	Unterhalt	154
a)	Vorrangige Unterhaltsansprüche Erwachsener	156
b)	Familienunterhalt	156
(1)	Grundlagen	156
(2)	Kindesunterhalt im Familienunterhalt	158
c)	Prägender Elternunterhalt und Gattenunterhalt ..	161
d)	Vertragliche Unterhaltsansprüche und Unterstützungsleistungen	163
(1)	Vertraglicher Unterhalt als Schenkung	166
(2)	Vertraglicher Unterhalt als ‚Ausstattung‘	166
(3)	Vertraglicher Unterhalt als Schuldversprechen ..	167
(4)	Sonstige tatsächliche Leistungen für Dritte ..	168
e)	Probleme und Chancen des vorrangigen Unterhaltes	170
5.	Berufsbedingte Aufwendungen	171
a)	Fahrzeugkosten	171
b)	Zweitwohnung	173
c)	Sonstige Positionen	174
6.	Kreditbelastungen (Zins- und Tilgungsleistungen) beim „kleinen Selbstbehalt“	174
a)	Zeitpunkt der Eingehung der Verbindlichkeit	175
b)	Elternunterhalt und Verbraucherinsolvenz	177
c)	Kredite zur Finanzierung von Luxusaufwendungen	178
d)	Immobilienkredite und Aufwendungen für den Unterhalt und Erhalt einer Immobilie	178
e)	Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung von Ansparungen	181
7.	Aufwendungen zur Vermögensbildung des Unterhaltspflichtigen	182
8.	Kosten des Besuchs beim Unterhaltsberechtigten	183
9.	Kosten des Wohnens	185
a)	Wohnen zur Miete	185
b)	Wohnen in eigener Immobilie	186
10.	Aufwendungen für den Unterhaltsberechtigten	186
11.	Freigiebige Leistungen der unterhaltspflichtigen Person	187
V.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	188
1.	Gleichzeitigkeit von Bedarf und Leistungsfähigkeit ..	188
2.	Die Lebensstandardgarantie	188
3.	Selbstbehalt	191

4.	Leitlinienselbstbehalte	194
a)	Kritik an Höhe der Selbstbehalte	195
b)	Notwendige Erhöhung des „kleinen Selbstbehalts“	196
5.	Leitliniengerechte Erhöhung des „kleinen Selbstbehalts“ (Wohnkosten)	196
6.	Zurechnung fiktiven Einkommens	198
a)	Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des Elternunterhaltes?	198
b)	Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs?	200
7.	Berechnung der Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes	201
a)	Lebensstandardgarantie	201
b)	Alleinstehendes oder getrennt lebendes unterhaltspflichtiges Kind	202
c)	Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, mit Gatten zusammenlebend	203
(1)	Berechnungsmethode nach BGH v. 28.7.2010 und 5.2.2014 für den „kleinen Selbstbehalt“	203
(2)	Unterhaltsberechnung bei Lebensgemeinschaft	205
8.	Angemessenheitsprüfung	207
VI.	Vermögensverwertung, Schonvermögen	209
1.	Kreditierte Leistungsfähigkeit	211
2.	Altersvorsorgevermögen	212
a)	Pauschale Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	212
b)	Begrenzung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	215
c)	Individuelle Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	216
d)	Versorgungsbilanz	217
e)	Verrentungsberechnung	218
f)	Bestimmung der Versorgungslücke	219
3.	Notbedarfsvermögen	220
4.	Vermögensreservierungen	222
5.	Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf die Vermögensverwertung	223
6.	Immobilienvermögen	225
a)	Selbstgenutztes Immobilienvermögen	225
b)	Sonstiges Immobilienvorsorgevermögen	227
c)	Gemeinsames Immobilienvermögen	228
d)	Luxusvermögen, Ferien- und Auslandswohnungen	229
e)	Einsatz des Vermögens zur Unterhaltsgewährung	230
f)	Kein Einsatz des Vermögens des Schwiegerkindes	231

VII. Einkommens- und Vermögensveränderungen nach Feststellung der Unterhaltspflicht	232
1. Einkommensverbesserungen	232
2. Einkommensverschlechterungen	233
3. Vermögensverbesserungen oder Vermögensverschlechterungen	234
VIII. Haftungsquote – horizontale Haftungsbeschränkung	235
1. Schlüssigkeit der Forderungsbegründung	235
2. Datenschutz	236
3. Auskunftsansprüche unter Geschwistern	238
4. Weitere Ansprüche zwischen Geschwistern	238
5. Berechnung der Haftungsquote	241
6. Berechnung der Haftungsquote bei verzehrendem Vermögenseinsatz	241
7. Fiktive Haftungsquoten aufgrund fiktiver Einkünfte	245
8. Konkurrierende Elternunterhaltsansprüche	245
a) Unterhaltspflicht beider Ehegatten	245
b) Unterhaltspflicht beiden Eltern gegenüber (sukzessiv)	247
IX. Rückforderung von Unterhaltsüberzahlungen	248
1. Anspruchsgrundlage: Bereicherungsrecht	249
2. Deliktische Rückforderungsrechte	250
X. Weitere Belastungen der Kinder	250
1. Betreuerkosten	250
a) Einrichtung einer Betreuung	250
b) Kostentragungspflicht	252
c) Höhe der Betreuervergütung	253
2. Beerdigungskosten	255
XI. Steuerliche Behandlung des Elternunterhalts	259
XII. Vereinbarungen zum Elternunterhalt	261
1. Verichtsvereinbarungen und faktischer Unterhaltsverzicht	261
2. Vereinbarungen zwischen den Geschwistern	264
E. Verteidigungsstrategien gegen Elternunterhalt	265
I. Verwirkung durch Zeitablauf	266
II. Verwirkung gem. § 1611 BGB	270
1. Verwirkungsgrund ‚sittliches Verschulden‘	271
a) Mangelnden Altersvorsorge	271
b) Sucht- und Drogenprobleme	273
c) Kontakt- und Beziehungslosigkeit – Vernachlässigung	275

d) Straftaten, Straftaft	277
e) Nichterfüllung der persönlichen Sorgerverpflichtung	277
2. Sonstige Verwirkungsgründe	278
3. Reformbedarf bei § 1611 BGB	281
4. Rechtsfolgen der Verwirkung	282
5. Verzeihung	283
6. Geltendmachung der Verwirkung	284
7. Antrag auf Feststellung der Verwirkung	285
III. Flucht in die Adoption	287
F. Auskunftspflichten	289
I. Auskunftspflichten nach § 1605 BGB und § 117 SGB	
XII	289
1. Auskunftspflicht nach dem Angehörigen- Entlastungsgesetz	290
2. Ausnahmen von der Auskunftspflicht	290
3. Auskunftspflicht der Schwiegerkinder	292
4. Auskunftspflicht von Geschwistern	294
5. Unterhaltsrechtliche Sackgasse	295
II. Inhalt des Auskunftsanspruchs	296
1. Auskunftspflicht, Inhalt und Reichweite	296
a) Auskunft über persönliche Verhältnisse	296
b) Auskunft über Forderungen und Familienunterhaltsanspruch	297
c) Auskunft über Einkünfte	299
2. Form der Auskunft	300
3. Belegpflicht	301
III. Informationspflichten	302
IV. Folgen einer falschen oder unvollständigen Auskunft	304
V. Wiederholung des Auskunftsbegehrens	305
G. Verfahrensfragen	307
I. Der allgemeine Ablauf	307
1. Die Heimunterbringung	307
2. Die gerichtliche Auseinandersetzung	307
II. Vollstreckung aus behördlichen Unterhaltsforderungen	308
H. Vorsorgende Beratung der Anwaltschaft	311
I. Vorbemerkung	311
II. Statistisches Datenmaterial	311
III. Rettung des Vermögens des Unterhaltsberechtigten	312
1. Vorzeitige unentgeltliche Vermögensübertragung	313
2. Das Revokationsrecht des verarmten Schenkers	314

a)	Revokationsfrist, Rückforderungsfrist	314
b)	Einrede der selbst herbeigeführten Bedürftigkeit . .	315
c)	Notbedarfseinrede des Beschenkten, § 529 Abs. 2 BGB	316
d)	Übergang der Revokationsforderung auf den Sozialhilfeträger	319
3.	Abschluss einer Pflegezusatzversicherung durch Einmalzahlung	319
4.	Belohnende / entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an den Gatten	320
5.	Belohnende oder entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an Kinder	321
6.	Rettung der elterlichen Immobilie	321
7.	Die Ausstattung	322
8.	Vermögensübertragung auf Enkelkinder	323
IV.	Schonung von Einkommen und Vermögen des unterhaltspflichtigen Kindes	324
1.	Einkommensverminderung des unterhaltspflichtigen Kindes – konsumieren statt kumulieren	324
2.	Steuerklassenwahl	325
3.	Einkommensverminderung des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	326
4.	Unterhaltsvermeidung durch Einkommensverlagerung	327
5.	Unterhaltsvermeidung durch Vermögensverminderung	328
6.	Schaffung gemeinsamen Eigentums der Ehegatten . . .	330
7.	Unterhaltsschädlicher Güterstandswechsel	331
8.	Bedeutungslosigkeit des Vermögens des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	333
I.	Fälle mit Auslandsbezug	335
I.	Einleitung	335
II.	Im Einzelnen	335
1.	Unterhaltsberechtigter in Deutschland, Unterhaltspflichtiger im Ausland	335
2.	Unterhaltsberechtigter im Ausland, Unterhaltspflichtiger in Deutschland	336
3.	Der ‚gewöhnliche Aufenthalt‘	336
4.	Wo ist zu klagen – örtliche Zuständigkeit	337
J.	Anhang	339
I.	Periodensterbetafeln	339
II.	Barwerttabelle zur Berechnung lebenslanger Nutzungsrechte	341

III. Barwerttabelle für befristete Nutzung	344
1. Tabelle BewertG Anlage 9a	344
2. Barwertfaktoren, unterschiedlicher Rechnungszins ...	345
IV. Verrentungstabelle	346
V. Hauhaltsausgaben	350
VI. Aufzinsungsfaktoren zur Berechnung des Altersvorsorgevermögens	351
XIII. Pflegerisikofaktoren	353
XIV. Bewertung befristeter Nutzungsrechte	356
Stichwortverzeichnis	359